

BESCHLUSSVORLAGE V1033/22 öffentlich	Referat	Referat V
	Amt	Amt für Jugend und Familie
	Kostenstelle (UA)	4070
	Amtsleiter/in	Betz, Oliver
	Telefon	3 05-45401
	Telefax	3 05-45409
	E-Mail	jugendamt@ingolstadt.de
Datum	15.12.2022	

Gremium	Sitzung am	Beschlussqualität	Abstimmungs- ergebnis
Jugendhilfeausschuss	31.01.2023	Entscheidung	

Beratungsgegenstand

Förderung der Familien- und Erziehungsberatungsstelle (FEB) des Pädagogischen Zentrums;
Zuschuss 2021
(Referent: Herr Fischer)

Antrag:

1. Das Pädagogische Zentrum erhält für den Betrieb der Familien- und Erziehungsberatungsstelle (FEB) einen Zuschuss in Höhe von insgesamt 156.560,20 EUR für das Jahr 2021.
2. Die Evaluation 2021 der Familien- und Erziehungsberatungsstelle wird zur Kenntnis genommen.

gez.

Isfried Fischer
Berufsmäßiger Stadtrat

Finanzielle Auswirkungen:

Entstehen Kosten: ja nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten Ca. 160.000 EUR	<input checked="" type="checkbox"/> im VWH bei HSt: 465000.701000 (Erziehungs- Jugend- und Familienberatungsstellen; Zuschüsse für laufende Zwecke) <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro: 21.560,20 (Restzahlung 2021)
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt: <input checked="" type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 2023 465000 701000; Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen; Zuschüsse f. lfd. Zwecke	Euro: 160.000
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von Euro müssen zum Haushalt 20 wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

Kurzvortrag:

Der Restzuschuss für 2021 in Höhe von 21.560,20 EUR wurde vorbehaltlich des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses über den Haushalt 2022 an den Träger ausgezahlt.

Zu 1.

Der Familien- und Erziehungsberatungsstelle des Pädagogischen Zentrums wird gemäß Beschluss des Stadtrates vom 25.06.1992 durch einen Zuschuss in Höhe von 90% der anfallenden Personal- und Sachkosten gefördert.

Für den Beratungsdienst sind 1,4 Fachkräfte mit 57 Wochenstunden genehmigt. Diese verteilen sich auf zwei Fachkräfte mit 32 und 25 Wochenstunden.

Für das Jahr 2021 ergibt sich ein städtischer Zuschuss von insgesamt 156.560,20 EUR. Die Ermittlung des Zuschusses kann der nachfolgenden Tabellen entnommen werden.

Die Personalkosten sind Vergleich zum Ergebnis 2020 um rund 15.000,00 EUR gesunken. In 2020 waren die Personalkosten aufgrund personeller Wechsel und einer Corona Sonderzahlung vergleichsweise hoch.

Die Sachkosten sind aufgrund des Umzugs an einen zweiten Standort an der Johann-Michael-Sailer-Schule im Vergleich zum Vorjahr um rund 1.900,00 EUR gestiegen.

Da bereits Abschlagszahlungen in Höhe von 135.000,00 EUR geleistet wurden, ergibt sich eine Restzahlung von 21.560,20 EUR, die vorbehaltlich der Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses bereits im Haushaltsjahr 2022 ausgezahlt wurde.

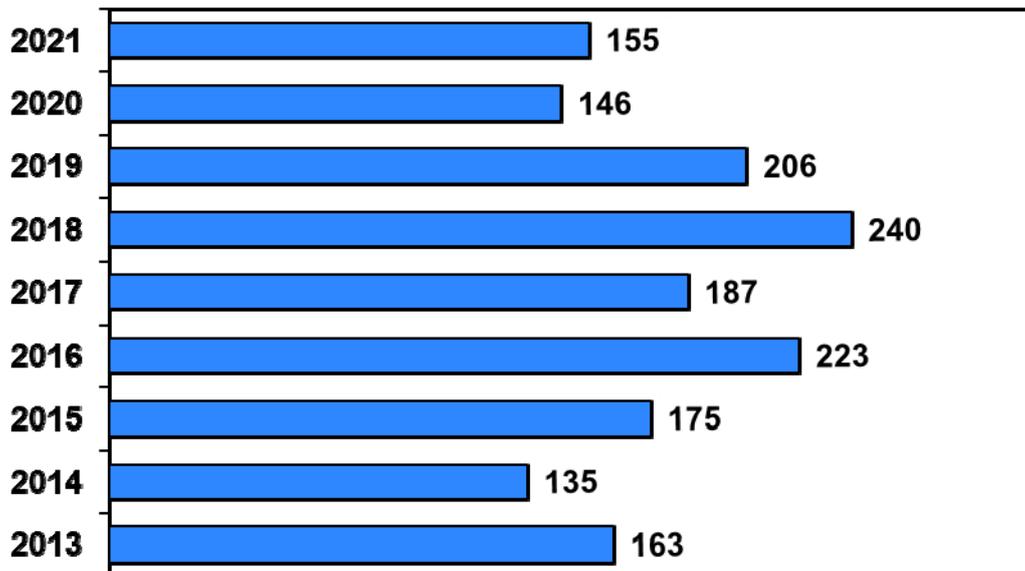
Abrechnung	Ergebnis 2021 EUR	Ansatz 2021 EUR	Ergebnis 2020 EUR	Ergebnis 2019 EUR
sozialpädagogische Fachkräfte	136.500,73	135.000,00	154.324,57	127.113,03
Verwaltungspersonal	22.486,24	18.500,00	20.383,87	17.540,10
Reinigungspersonal				2.922,79
Hausmeister	5.016,77	4.500,00	4.444,50	4.252,32
Personalkosten insgesamt	164.003,74	158.000,00	179.152,94	151.828,24
Raumkosten insgesamt	5.393,02	5.400,00	5.132,89	2.709,00
sonstige Sachkosten insgesamt	4.559,06	4.950,00	2.848,94	2.922,81
Sachkosten insgesamt	9.952,08	10.350,00	7.981,83	5.631,81
Gesamtkosten	173.955,82	168.350,00	187.134,77	157.460,05
Zuschuss der Stadt (90%)	156.560,20	151.515,00	168.421,30	141.714,00
Abschlagszahlungen	135.000,00	135.000,00	131.000,00	147.000,00
Überzahlung Vorjahr			-5.286,00	
Restzahlung/Überzahlung	21.560,20		32.135,30	-5.286,00

Zu 2.

Im März 2022 wurden bei einem gemeinsamen Evaluationsgespräch des Amts für Jugend und Familie mit der Einrichtungsleiterin der Familien- und Erziehungsberatungsstelle (FEB) die Ergebnisse der vergangenen Jahre miteinander verglichen und Entwicklungen besprochen.

2021 gab es 155 Beratungsfälle bei der FEB, was eine Steigerung von ca. 6 % im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Die Zahl der Neuanmeldungen hat aber bislang nicht das Niveau der vorpandemischen Jahre erreicht.

Anzahl der Beratungsfälle 2013 - 2021



Im Durchschnitt mussten Familien 9,7 Tage auf Ihren ersten Termin warten. Diese Erstgespräche konnten auch telefonisch erfolgen.

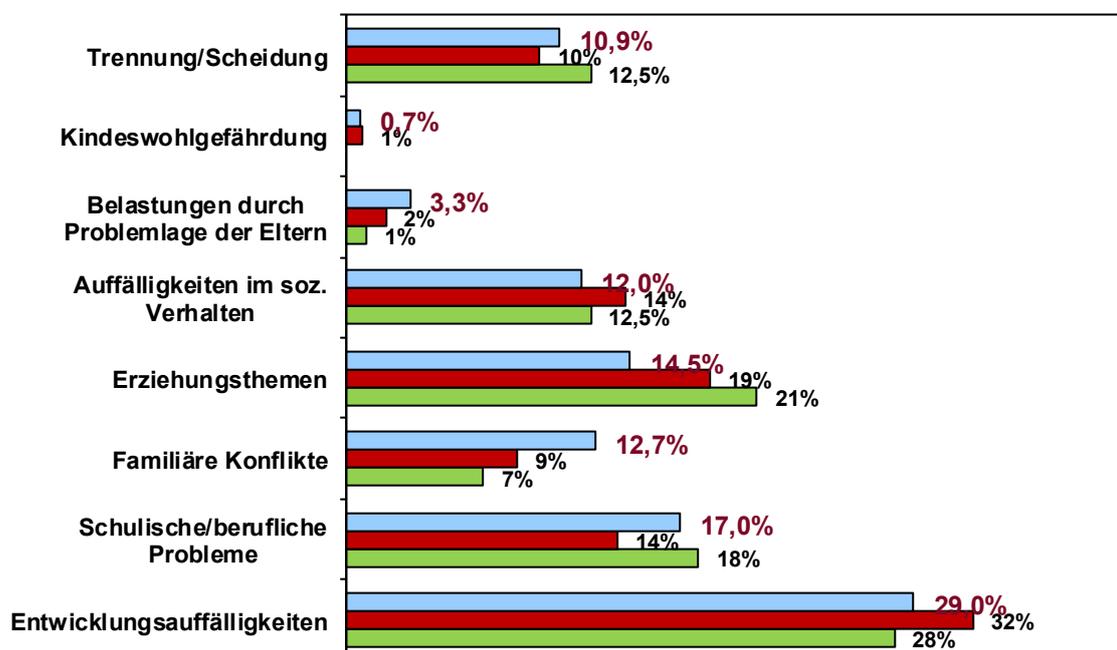
Beratungen fanden persönlich, telefonisch und per Video statt. Die meisten Eltern bevorzugten aber das direkte Gespräch vor Ort. Manche Familien benötigten eine überdurchschnittlich intensive Beratung, was sich auch in der Anzahl der Termine zeigt. Im Durchschnitt fanden bei den im Jahr 2021 beendeten Fällen 7,8 Termine statt (2020: 6,3 Termine).

Die Belastung von Eltern und Kindern sowie die Konfliktintensität war nach Einschätzung der FEB noch höher als im Vorjahr, auch wenn viele dies schon nicht mehr in Zusammenhang der Pandemie brachten, da die außergewöhnlichen Alltagsbedingungen scheinbar bereits zu einer „neuen Normalität“ geworden sind.

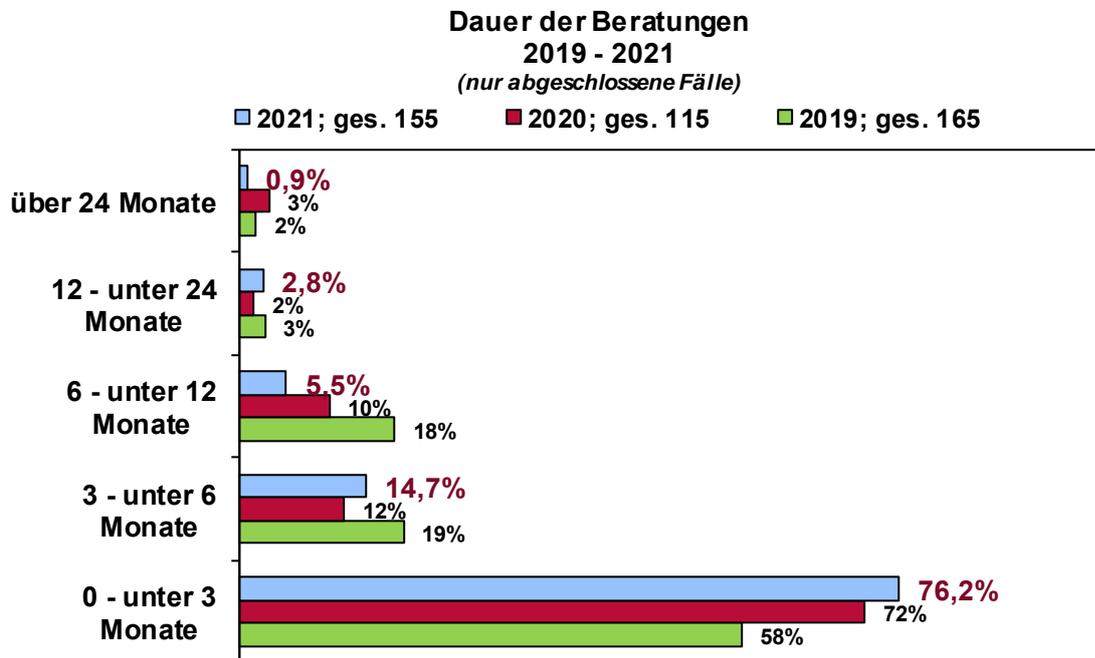
Besonders häufig suchten Familien Rat wegen Entwicklungsauffälligkeiten ihrer Kinder (29 %), gefolgt von schulischen / beruflichen Themen (17 %) sowie Erziehungsthemen (14,5 %).

Beratungsanlass 2019 - 2021 (Mehrfachnennungen möglich)

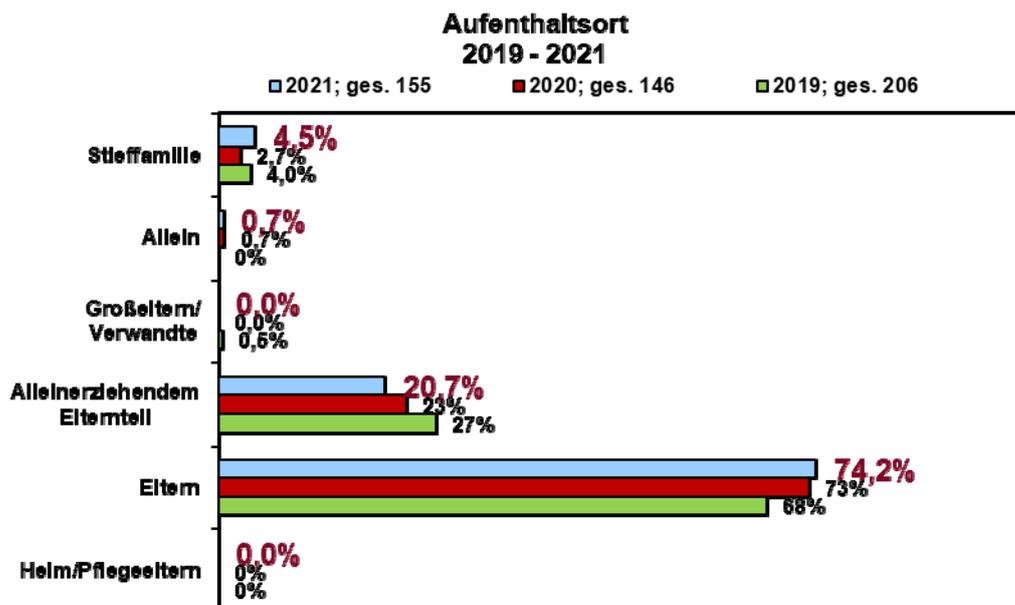
■ 2021; 276 Nennungen ■ 2020; 253 Nennungen ■ 2019; 376 Nennungen



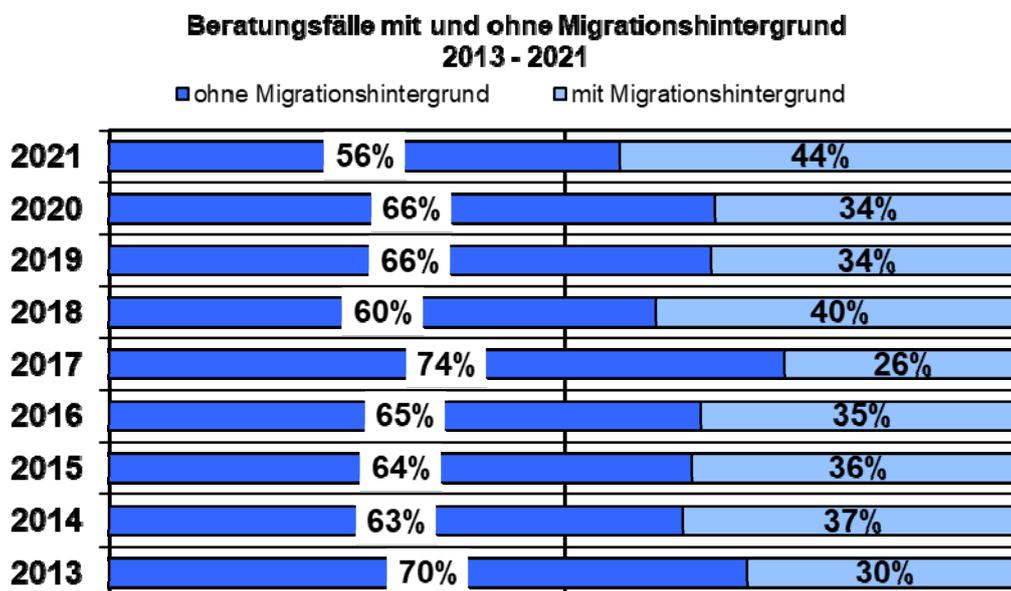
Die meisten Beratungen wurden innerhalb von drei Monaten beendet; nur wenige Beratungen erstreckten sich über einen Zeitraum von mehr als 12 Monaten. In mehr als der Hälfte aller Fälle (52 %) fand eine Zusammenarbeit mit anderen Institutionen statt, insbesondere mit Kindertageseinrichtungen (25 %) und Schulen (15 %).



Der Großteil der Kinder und Jugendlichen (74,2 %) lebt gemeinsam mit den Eltern im Haushalt. 20,7 % lebt bei einem alleinerziehenden Elternteil. Dies entspricht im Wesentlichen dem Anteil der Vorjahre.

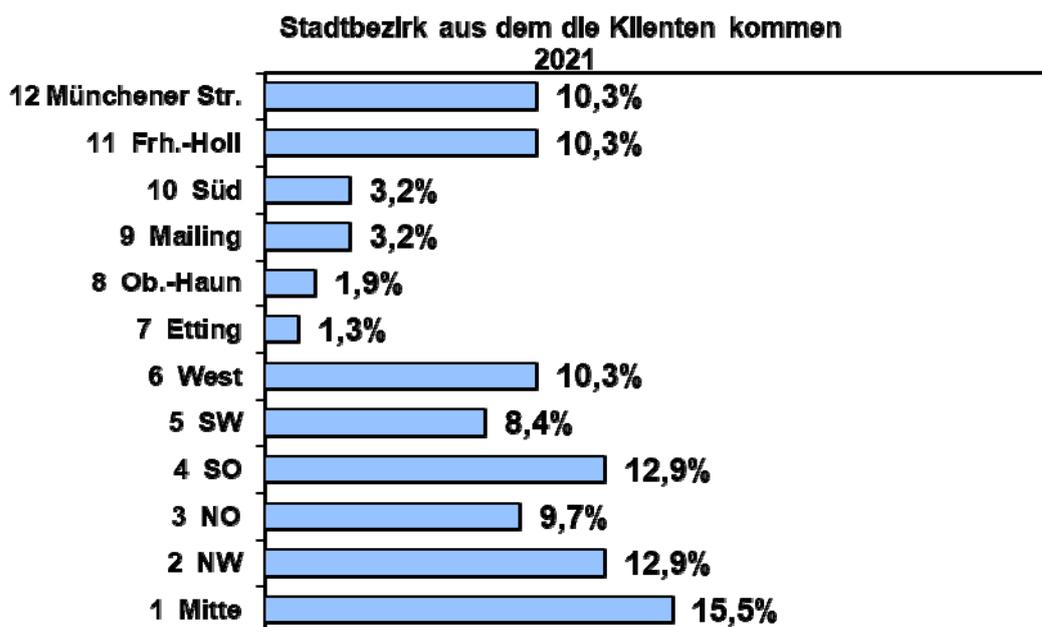


Der Anteil der Ratsuchenden mit Migrationshintergrund ist im Vergleich zum Vorjahr um 10 % gestiegen und entspricht in etwa dem städtischen Durchschnitt von Einwohnern mit Migrationshintergrund von 45,2 %. Damit scheinen die Anstrengungen der FEB, mehr Familien mit Migrationshintergrund zu erreichen bzw. das Beratungsangebot bekannter zu machen, erfolgreich gewesen zu sein.



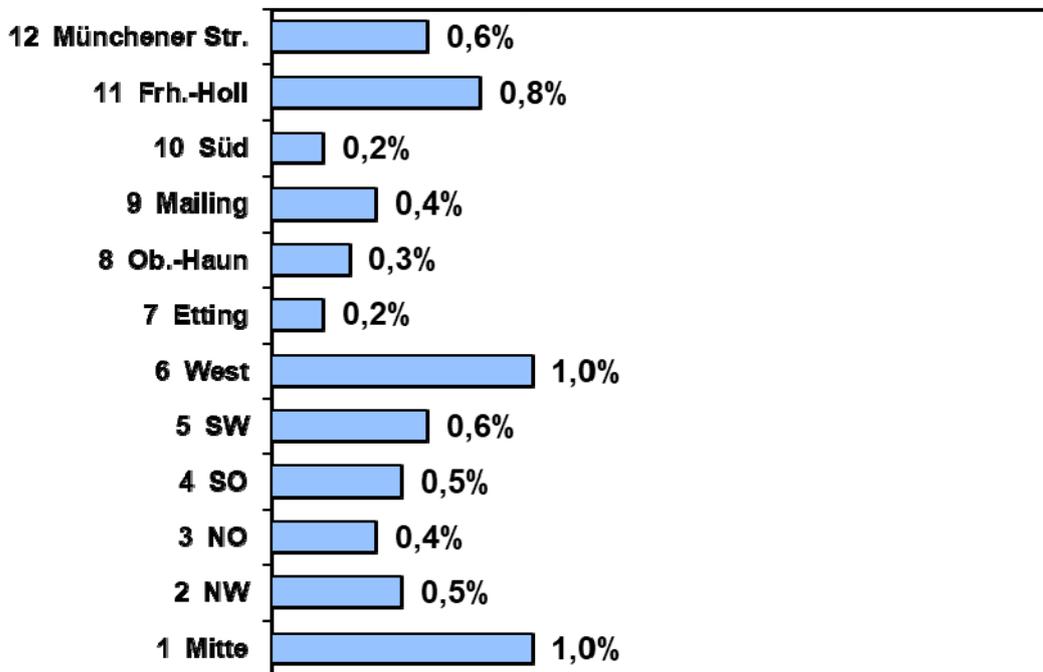
Betrachtet man den Ausbildungsstatus der betroffenen Kinder/Jugendlichen, so suchten 2021 erneut überwiegend Eltern von Kindergarten- und Grundschulkindern die Einrichtung auf. (Kindergarten: 47,7 %, Grundschule: 25,8 %). Es wird positiv bewertet, wenn Eltern sich frühzeitig bei erzieherischen Problemen institutionelle Beratung und Unterstützung holen.

Die meisten Klienten kamen 2021 aus den Stadtbezirken Mitte (15,5 %), Nordwest (12,9 %) und Südost (12,9 %).



Das Verhältnis Anzahl der Klienten zur jeweiligen Gesamtzahl der Kinder und Jugendlichen in den Stadtbezirken ist deutlich homogener.

Prozentanteil der behandelten Kinder und Jugendliche 2021 zur Gesamtzahl der Kinder und Jugendliche im SBZ
(Stand 31.12.2021)



Die weiteren Jahreskennzahlen ergaben zum Vorjahr kaum Veränderungen.

Das Legasthenie-Präventionsprogramm „Hören, lauschen, lernen“ wurde 2021 in keiner der von der FEB betreuten Kindertageseinrichtung durchgeführt, was vor allem auf die Corona bedingten Einschränkungen zurückzuführen ist.

Neben der fallbezogenen Beratungsarbeit leistet die Familien- und Erziehungsberatungsstelle auch Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit. Es wurden 2021 u. a. Elternsprechstunden in Kindergärten sowie der Montessori-Schule angeboten. Vor allem durch die Kooperationen mit den Kitas wird ein niedrighschwelliger Zugang für Familien mit Beratungsbedarf geschaffen. Zudem wurden 7 online Elternabende durchgeführt, an denen insgesamt 115 Eltern teilgenommen haben. Themen der Elternabende waren u. a. Medien / Mediennutzung sowie seelische Gesundheit. Die monatliche Telefonsprechstunde beim Donaukurier findet nach personellen Veränderungen beim Donaukurier nicht mehr statt.